

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt

Abdruckpreis: Bei der Post und den Agenten bezogen im Monat Juni Mark 16.—. Anzeigenpreis: Die Spaltige Zeile oder deren Raum 2.— Mk., die Neblanzelle 6 Mk., Mindestbetrag: 24 Wörter. Für die Zeitungen im Jahre bezogen 180.— Mk. Bei Abbestellungen Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt zurück.

Nr. 148.

Altensteig, Donnerstag den 22. Juni.

Jahrgang 1922.

Deutsch-Oesterreich.

Die Sanctionsaktion zu der rückgängigen Bewegung der Saluten, die auch an der letzten Börse wieder mit beträchtlichen Herabsetzungen in die Erscheinung trat, hat die Regierung sich den Bemühungen um den Preis abzuwehren, der durch Verhandlungen mit den kaufmännischen Körperschaften beschleunigt werden soll. Zunächst waren die Vertreter des Kohlenhandels in das Handelsministerium beschieden. Die Besprechungen, die alsbald auch auf den Handel mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen ausgedehnt werden, stehen andererseits auch in enger Beziehung zu den Verhandlungen mit den Bundesangehörigen, denen in der Form eines erheblichen Preisabbaues das wertvollste Argument für die Herabsetzung ihrer Lohnforderungen geboten werden könnte. Von ihren Vertretern wird in diesem nach wie vor als unverrückbare Voraussetzung für eine wesentliche Verringerung ihrer Ansprüche betont, daß auch dem städtischen und ländlichen Besitz, insoweit er sich bis jetzt einer angemessenen Teilnahme an den Staatslasten zu entziehen vermochte, die entsprechenden Opfer aufzuerlegen seien. Die Entscheidung dieser Angelegenheit, auf deren allgemeine Bedeutung für das österreichische Wirtschaftsleben bereits hingewiesen wurde, ist somit erst nach der Bekanntgabe des von der Regierung ausgearbeiteten Finanzplans zu erwarten. Es ist klar, daß die eigentlichen Schwierigkeiten für das Kabinett Seipel genau in dem Punkte beginnen werden, wo es sich darum handelt, die den Grundbesitz der christlichsozialen Wählerschaft bildenden bäuerlichen Kreise härter als bisher zu den Staatslasten heranzuziehen.

Die Sonntagigen Wahlen im Burgenland haben der Sozialdemokratie überraschende Erfolge gebracht. Von den acht Mandaten für den Nationalrat sind ihr nach den bisherigen Feststellungen wohl die Hälfte, mindestens aber drei zuzufallen, während zwei durch Christlichsoziale und voraussichtlich je eines durch die burgenländische Bauernpartei und die Großdeutschen besetzt werden dürften. Nehulich ist das Ergebnis der gleichzeitigigen Landtagswahlen, aus denen die Sozialdemokraten aller Wahrscheinlichkeit nach mit 13, die Christlichsozialen mit 9, die Bauernpartei mit 8 und die Großdeutschen mit 2 Mandaten hervorgehen. Dabei ist allerdings in Betracht zu ziehen, daß die Bauernpartei den Christlichsozialen ziemlich nahesteht, so daß diesen im Landtag die Mehrheit gesichert scheint, während das Stimmverhältnis im Nationalrat keine wesentliche Verschiebung erfährt. Von Wichtigkeit ist aber auf jeden Fall die symptomatische Bedeutung dieser Wahlen, deren Ausgang auf die Regierungspolitik nicht ohne Einfluß bleiben wird. Von einer betonten „Rechtsabwegung“ der österreichischen Politik, als deren Exponent das Ministerium Seipel von manchen auswärtigen Blättern gekennzeichnet wurde, kann nach der Lehre der burgenländischen Wahlen kaum noch ernstlich die Rede sein. Besonders bemerkenswert ist das Ergebnis der Landtagswahlen im Bezirk Eisenstadt, wo unter der ungarischen Herrschaft der Reichthum des Hauses Esterhazy maßgebend war. Dort hat die Sozialdemokratie mit rund 21.000 Stimmen eine absolute Mehrheit erreicht. Mit besonderer Bedeutung steht darin die „Arbeiterzeitung“ zugleich ein Bekenntnis zur Republik und zum Deutschtum. Das Bekenntnis zur Republik und zum Deutschtum, das durch die Wahlbeteiligung der Arbeiterklasse so wesentlich stark war und stellenweise die Gesamtheit der Stimmberechtigten erreichte.

Die von Ungarn aus verbreiteten Mitteilungen betreffend angebliche Entscheidungen der Grenzregulierungskommission über Teile des burgenländischen Gebietes werden in Wien als völlig unzutreffend bezeichnet, da diese Kommission ihre Arbeiten noch gar nicht beendet hat. (Frei. Stg.)

Neues vom Tage.

Freiwillige Goldanleihe statt Zwangsanleihe.

Berlin, 21. Juni. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Reichert beabsichtigt heute im Reichstag den Reichstag einen Antrag einzubringen, wonach die Papiergeldzwangsanleihe durch eine freiwillige Goldanleihe ersetzt werden soll. Dadurch soll eine Milliarde Gold aufgebracht werden. Das Steuerkompromiß würde also bestehen bleiben und nur die Form geändert werden. Gezeichnet wird in der Form einzahlbar in Bavier, ebenso aktial in Bavier.

weil wir ja keine Vorbestände zu haben. Der Bewertungsfaktor unserer Mark wird je nach dem Zeitpunkt der Zeichnung berechnet werden. Wenn also z. B. die Zeichnung am 1. Oktober erfolgt, dann soll der Wert der Mark im Verhältnis zum Gold etwa nach dem Durchschnitt des September berechnet werden.

Kohlenforderungen des Verbands.

Berlin, 21. Juni. Die „Deutsche Allg. Stg.“ meldet: Der Reichskohlenkommissar hat gestern nachmittag eine Besprechung mit den Mitgliedern des sog. Garantiausschusses der Wiederherstellungskommission gehalten. Wegen der rückständigen deutschen Kohlenlieferungen. Das Mitglied des Garantiausschusses, Bismann, erklärte, daß die Rückstände nach den Berechnungen der Wiederherstellungskommission 20 Proz. betragen. Der Reichskohlenkommissar ist dagegen der Auffassung, daß der Rückstand nur etwa 8 Proz. beträgt. Es wurde vereinbart, daß in weiteren Verhandlungen ein Weg gefunden werden soll, um die rückständigen Lieferungen so schnell wie möglich auszugleichen.

Der Reichskohlenkommissar hat gestern eine weitere Einschränkung des Gültigkeitsbereichs von 10 Proz. verfügt, nachdem schon vor kurzem eine Einschränkung von 10 Proz. erfolgt war. Die Maßnahme ist zur Zufriedenheit auf die Stellung der Garantiekommision wegen der deutschen Pflichtlieferungen in Brennstoffen. Der Kohlenbergbau ist in den Monaten Mai und Juni mit seinen Lieferungen an den Verband nicht unerheblich im Rückstand geblieben. Ueberhaupt ist eine Erfüllung des bis zur Unmöglichkeit heraufgeschraubten Lieferungsziels nicht durchführbar. Die Garantiekommision verlangt aber auch die Nachlieferung der ausgelassenen Rückstände. Augenblicklich verhandelt die Regierung in Berlin mit der Kommission.

Reparationsdebatte in der französischen Kammer.

Paris, 21. Juni. Ministerpräsident Poincaré hat gestern dem Präsidenten der Auswärtigen Kommission in der Kammer erklärt, er werde am 30. Juni, wie er angekündigt hätte, in der Kammer die Interpellation über die Reparationsfrage beantworten.

Das Volksbegehren in Sachsen.

Berlin, 21. Juni. In der Abstimmung über den Volksbegehren auf Zulassung des Volksentscheids steht bis jetzt folgendes Abstimmungsergebnis fest: Chemnitz 265 545, Leipzig 221 772, Dresden 333 284, zusammen 820 601. 32 Gemeinden stehen noch aus. Erforderlich sind im Freistaat Sachsen etwa 960 000 Stimmen.

Deutschland und Rußland.

Zürich, 21. Juni. Bundesrat Schulthess erklärte auf der Tagung des schweizerischen Handels- und Industrievereins bei Besprechung des russischen Problems und einer Kreditation für Rußland: Neben dem russischen Problem gibt es aber in Europa ein viel wichtigeres, das deutsche, und es wäre notwendig, wenn hier etwas geschehen würde und bald. Er schloß, indem er der Öffnung Ausdruck gab, man werde beim Problem des europäischen Wiederaufbaus über dem besseren das Gute nicht vergessen.

Einigungsvorschlag zwischen England und Frankreich.

Paris, 21. Juni. Der „Petit Parisien“ deutet heute die Lösung an, die es ermöglichen könnte, zwischen Frankreich und England eine Einigung in den schwebenden Fragen zustandezubringen. Es wird ausgeführt, daß das einzige Mittel darin besteht, die gleiche Methode wie 1914 bei Gründung der Entente Cordiale anzuwenden, nämlich, sich gegenseitig Konzessionen zu machen. Damals war das Interesse Englands darauf gerichtet, in der Nähe des Suezkanals zu bleiben, um für den Fall des Krieges den Weg nach Indien offen zu haben. Die französische Lebensfrage war damals: volle Handelsfreiheit in Marokko. Das Abkommen von 1914 kam deshalb zustande, weil Frankreich auf jede Intervention in Ägypten verzichtete und England seinerseits alle seine Absichten auf Marokko zugunsten Frankreichs aufgab. Es sei mehr als klar, daß heute ähnliche Transaktionen stattfinden müßten.

Handelsvertrag zwischen Spanien und Frankreich.

Paris, 21. Juni. Nach einem Madrider Telegramm des „Temps“ haben die dortigen Verhandlungen zwischen Frankreich und Spanien endlich zum Abschluß eines Handelsvertrages geführt, der am 1. Juli in Kraft tritt. Spanien gewährt in diesem Abkommen Frankreich auf 325 Artikel den Minimalzolltarif und gewährt Frankreich außerdem das Reisbegünstigungsrecht. Spanien erhält ebenfalls bedeutende Zollnachlässe für alle Produkte, die nach Frankreich exportiert werden.

Die Londoner Besprechungen.

Basel, 21. Juni. Nach einem Pariser Bericht der „Baseler Nachrichten“ ist man auch in dortigen parlamentarischen Kreisen über das Ergebnis der Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Poincaré optimistisch gestimmt. Dabei kommt vor allem die Tatsache in Betracht, daß man sich in London über die Prozedur geeinigt zu haben scheint, nach der die einzelnen zwischen Frankreich und England bestehenden Differenzen geschlichtet werden sollen. Nur die Börse habe auf die Londoner Ergebnisse nicht reagiert, da sie der Meinung sei, die Differenzen zwischen den beiden Ländern seien noch lange nicht geregelt.

Die Beziehungen der Mongolei zu den Nachbarstaaten.

Berlin, 21. Juni. Aus Helsingfors wird geschrieben: Der Chef der in Moskau eingetroffenen mongolischen Gesandtschaft, Dawa, hat sich zu einem Mitarbeiter der Moskauer „Ismestija“ über die Beziehungen der Mongolei zu der RSFSR, der Republik des Fernen Ostens, China und Japan geäußert. Ueber die innere Regierungsgewalt in der Mongolei erklärte Dawa, daß an der Spitze des mongolischen Staates nach wie vor der Chutukta stehe, das geistliche Haupt der mongolischen Buddhisten, während die gesamte gesetzgebende und vollziehende Gewalt in den Händen der „Revolutionären Volksregierung“ liege. Das gesetzgebende Organ ist übrigens, wie Dawa zugab, bis jetzt nicht einberufen worden, jedoch seien alle Maßnahmen zu seiner baldigen Einberufung ergriffen worden. Die Beziehungen zwischen der Mongolei und der Republik des Fernen Ostens lassen angeblich nichts zu wünschen übrig und alle Grenzfragen sind ohne Konflikte gelöst worden. Ein offizielles Abkommen zwischen der Mongolei und der Republik des Fernen Ostens besteht nicht. Auch mit China und Japan hat die Mongolei keinerlei wirtschaftliche und politische Vereinbarungen getroffen. Die Beziehungen zu China äußern sich nur in einem privaten Handelsgeschäft Kaufen und anderer Ausländer, die sich durchweg den mongolischen Gesetzen unterordnen. Dawa erklärte, daß der mongolischen Regierung offiziell nichts von einem Versuch Zhang Tsching, einen Pufferstaat aus der Mandchurei und Mongolei unter dem Protektorat Japans zu bilden, bekannt sei. Auf jeden Fall wünsche die äußere Mongolei, auf die sich die Macht der „revolutionären Volksregierung“ erhebe, ihre Selbstständigkeit zu bewahren und verhalte sich daher absolut ablehnend zu einer Vereinigung mit der Mandchurei und obendrein noch unter japanischem Protektorat. Die Mongolei werde mit allen Mitteln ihrer Selbstständigkeit zu behaupten suchen und jeden Versuch einer gewaltsamen Vereinigung mit der Mandchurei als eine Verletzung in ihre inneren Angelegenheiten aufzufassen.

Einigung über die neuen Beamtengehälter.

Berlin, 21. Juni. Im Gegensatz zu irreführenden Meldungen wird in Uebereinstimmung mit den Spitzenorganisationen, die an den Verhandlungen über die Regelung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter teilnahmen, der wirkliche Tatbestand festgestellt. Die Regierung, die selber die Verbesserung der Gehälter und Löhne in die Hand genommen hatte, hatte die Durchführung der Maßnahmen nicht von einer Zustimmung der Organisationen zum Arbeitsgesetz — von diesem wurde überhaupt nicht gesprochen — abhängig gemacht. Es handelte sich lediglich darum, eine Verständigung mit den Organisationen über eine volle Ausnützung des Achtstundentages zu erzielen. Der Grundsatz des Achtstundentages wird dadurch in keiner Weise berührt. Die Verhandlungen, die einen ruhigen Verlauf nahmen, wurden bezüglich der Beamten- und Angestelltengehälter in den späteren Abendstunden zu Ende geführt. Vorheralllich der Zustimmung des Reichstags und Reichsrats einigte man sich auf eine Erhöhung des verhältnismäßigen Teuerungsmaßstabes um 40 Prozent.

Keine Ratifikation des russisch-italienischen Handelsvertrages.

Moskau, 21. Juni. Das Volkskommissariat für Auswärtiges ist angewiesen worden, der italienischen Regierung offiziell mitzuteilen, daß der Rat der Volkskommissare den am 24. Mai in Genua von Krassin und Tschitscherin unterschriebenen Handelsvertrag nicht ratifizieren könne, weil der Vertrag den Resolutionen der letzten Tagung des Allrussischen Zentralkongresses widerspreche. Der Rat der Volkskommissare überweist den Vertrag der nächsten Tagung des A. Z. K. zur Entscheidung, da nur dieses selbst seine eigenen Beschlüsse abändern könne. Der Rat der Volkskommissare schlägt neue Verhandlungen vor, um einen neuen annehmbaren Vertrag auszuarbeiten.



Reichstag.

Berlin, 21. Juni.

Am Regierungstisch Reichskanzler Dr. Brüning und Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht die 2. Lesung des Gesetzentwurfes betr. das Vemelmann-, Wiesbadener- und Gilleit-Abkommen, sowie die Vereinbarung über die Ausführung der Reparationsleistungen. 6 Interpellationen werden mit der Aussprache verbunden, und zwar eine Interpellation Arnstadt (D.natl.) betr. die Ratifizierung der Wiesbadener Protokolle ohne Zustimmung des Reichstags, eine Interpellation Dr. Stresemann (D.Bp.) betr. Neutralisierung der Rheinlande durch England und Frankreich, eine Interpellation Crispian (U.S.P.) über das Ergebnis der Verhandlungen mit der Reparationskommission, eine Interpellation Dr. Lauscher (Zentr.) betr. Einstellung bzw. Fortsetzung von Eisenbahnbauten im besetzten rheinischen Gebiet, sowie Interpellationen Karr (Zentr.) und Bary (Komm.) betr. die Zustände im Saargebiet.

Abg. Dr. Fernburg (Dem.) berichtet über die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses, der gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien die Reparationsabkommen gebilligt hat.

Abg. Dr. Reichert (D.natl.) begründete darauf die deutsch-nationale Interpellation, die gegen die Wiesbadener Beschlüsse Einspruch erhebt, bei denen man den Reichstag völlig beiseite geschoben hätte. Das Londoner Ultimatum sei undurchführbar. Diese Politik der Erfüllung führe zu Ruinen. Schuld daran sei die Regierung. (Unruhe links.) Ein Hauptfehler der Rathenau'schen Politik ist, daß in der Welt der Eindruck erweckt wurde, als könnte das deutsche Volk noch mehr leisten. Rathenau ist in Wiesbaden tüchtig eingeseift worden. (Zuruf Abg. Bernstein: Ihr hättet es besser gemacht.) Sicherlich wir hätten es den Franzosen sehr leicht gemacht. Der Punkt, zu dem sich Deutschland verhandeln soll, wie auch Sozialdemokraten erklären, zur Stärkung des französischen Militarismus dienen.

Abg. Woldehauer (D.Bp.) begründet die Interpellation betr. die angebliche Neutralisierung der Rheinlande. Die ganze Welt muß auf diese Gefahr aufmerksam gemacht werden. Ohne eine erhebliche Verlagerung der Befugung ist eine Lösung des Reparationsproblems unmöglich. Die gesamten Befugungskosten haben sich bis Ende März 1922 auf 5,5 Milliarden Goldmark und 14 Milliarden Papiermark belaufen. Dazu kommen noch die Sonderkosten der Befugungstruppen. Der Redner schließt mit einem Treubekennnis der Rheinländer zum deutschen Vaterlande. (Beifall.)

Abg. Dr. Lewi (U.S.P.) erbittet, der Interpellation seiner Partei entsprechend, Auskunft über die letzten Reparationsverhandlungen.

Abg. Dr. Lauscher (Zentr.) erhob dann Einspruch gegen die Entente, die die Fortsetzung von Eisenbahnbauten im besetzten rheinischen Gebiet fordert. Sinnlos und brutal sei der Vernichtungswille der Entente, dessen kalter Hauch man zum ersten Male am Tage des Waffenstillstandes gespürt habe.

Abg. Dr. Bell (Zentr.) schilderte die Zustände im Saargebiet, wo ein Vernichtungsfeldzug gegen das Deutsche eingeleitet habe. In der Bevölkerung herrsche große Empörung, weil deutsche Beamte des Landes vertrieben und Ausländer herangesogen werden. Der Friedensvertrag werde von der Saarregierung dauernd verletzt.

Darauf beantwortet Staatssekretär Müller von dem Wiederkaufamt e. Um die Interpellation über das Wiesbadener Abkommen und erklärt, daß der Auswärtige Ausschuss den Standpunkt der Regierung geteilt habe, daß die Zustimmung des Reichstags nicht notwendig gewesen sei.

Außenminister Dr. Rathenau beantwortet die anderen Fragen. Wegen der Neutralisierung der Rheinlande habe die Regierung keinerlei Nachrichten erhalten. Die Reichsregierung würde niemals dafür zu-

geben sein. Niemals würde das Rheinland, das unerschütterlich am ungekämpften deutschen Vaterlande festhalte, preisgegeben werden. (Beifall.) Der Minister besprach dann die Zustände im Saargebiet. Das Saarland und seine Bewohner sei deutsch. Das Wirtschaftsleben erfahre durch die Maßnahmen der Saarregierung schwere Schädigung. Die Bevölkerung erlebe Enttäuschung über Enttäuschung.

Reichsfinanzminister Dr. Herms berichtet über seine Verhandlungen in Paris. Er habe sich dort in keiner Weise festgelegt und keine Zusage betr. des Abbaus der sozialen Fürsorge und des Achtstundentags gegeben. Die Anleihefrage sei nur verhandelt. Die Regierung hätte zu der Frage, wie sich die Verhältnisse gestalten würden, wenn keine Anleihe zustande käme, noch keine Stellung genommen. Jedenfalls wurde ein Aufschub erreicht und Zwangsmaßnahmen vermieden.

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr vertagt. — Schluß 6 1/2 Uhr.

Landtag.

(Schluß.)

Stuttgart, 20. Juni.

Dem Antrag des Geschäftsordnungsausschusses gemäß wird hierauf die vom Fürsten von Wolfegg nachgesuchte Erlaubnis zur Genehmigung des Strafverfahrens gegen den Abg. Karl Müller (Komm.) wegen Beleidigung ohne Erörterung verweigert. In der Angelegenheit des Abg. Anton Maier (Komm.) hat der Geschäftsordnungsausschuss beantragt, die Genehmigung zur Durchführung des Disziplinarverfahrens gegen Maier wegen unerlaubter Entfernung vom Amt zu erteilen. Auf Antrag von kommunistischer Seite wird die Angelegenheit noch einmal an den Geschäftsordnungsausschuss zurückerwiesen.

In der Beantwortung kommt hierauf die große Anfrage Bod u. Gen. (Zentr.) betreffend Befreiung der Bezüge der Altruhegehaltsempfänger.

In der Begründung der Anfrage hebt Abg. Bod (Zentr.) hervor, den Hauptbestimmungsgegenstand der Altruhegehaltsempfänger bilde die Einstufung in die Gruppe der Beförderungsträger.

Finanzminister Dr. Schall: Wo Amtsnachfolger von pensionierten Beamten in eine höhere Stufe eingestuft seien, sei dies nur auf dem Wege der Beförderung geschehen. Für die Verwaltung ist es ein Ding der Unmöglichkeit, nachträglich noch in jedem einzelnen Fall in eine Prüfung darüber einzutreten, ob ein pensionierter Beamter, wenn er noch im Amt gewesen wäre, befördert worden wäre oder nicht. Die Annahme, daß ein rechtlicher Widerspruch zwischen den §§ 23 und 24 der Ausführungsbestimmungen und dem Pensionsergänzungsgesetz selbst bestünde, ist nach Ansicht des Finanzministeriums nicht zutreffend. Es steht auch den aktiven Beamten keinerlei Rechtsanspruch auf Beförderung und Einrückung in eine höhere Beförderungstruppe zu. Ein Antrag auf Abänderung der erwähnten Ausführungsbestimmungen, die übrigens noch von dem früheren Reichsfinanzminister Dr. Brüning erlassen und vom jetzigen Reichsfinanzminister Herms und beantragt übernommen worden seien, hätte wohl wenig Aussicht auf Erfolg.

Es wird beschlossen, in die Besprechung der Anfrage einzutreten.

Abg. Schott (Bp.) pflichtet den Ausführungen des Abg. Bod, daß die Ausführungsbestimmungen im Widerspruch stehen mit dem Sinn und Wortlaut des Pensionsergänzungsgesetzes, bei.

Es ist inzwischen ein von allen Parteien unterzeichneter Antrag eingegangen: „Die Regierung möge bei der Reichsregierung dahin wirken, daß die durch §§ 23 und 24 der Beförderungstruppe des Reichsfinanzministeriums gegebenen Härten bezüglich der Einstufung der Altruhegehaltsempfänger beseitigt werden.“

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Kesper (Soz.), Schermann (Zentr.), Scheff (Dem.), Hartmann (D.Bp.), Maier (Komm.), Reuber (U.S.P.), sowie des

Finanzministers Dr. Schall wird der Antrag einstimmig angenommen. — Dann wird noch ohne Aussprache das Pensionsergänzungsgesetz und das Gesetz betr. ein Darlehen an die Schwäbischen Dämmwerke ohne nennenswerte Aussprache, in welcher sich Schall (Komm.) grundsätzlich gegen das Gesetz aussprach, an den Finanzausschuss verwiesen.

Stuttgart, 21. Juni.

Der Landtag verabschiedete das Beamtenbeförderungsgesetz in 2. und 3. Lesung, das eine Angleichung der Beförderungsverhältnisse der württ. Beamten an die Reichsregelung bringt. Alle Parteien stimmten der Vorlage zu. Ein Antrag der Kommunisten, die Anwartschaften nur in den Gruppen I—IX zu gewähren, wurde abgelehnt. Eine große Anzahl von Eingaben wurde auf Grund der Anwartschaftsanträge ohne jede Aussprache erledigt. In längerer Debatte kam es bei den Anträgen des Finanzausschusses zur Brennholzversorgung, in denen die Anordnung außerordentlicher Brennholzeinsparungen für den Hausbrand, die Heranziehung des Privat- und Gemeindeforstes gefordert und die Aufstellung von Plänen zur Versorgung des Handwerks mit Rohholz, Vorkehrungen in der Brennholzversorgung für das nächste Versorgungsjahr und eine bessere Kohlenversorgung Württemberg gewünscht werden. Die Anträge wurden angenommen, nachdem ein Antrag Winkel (U.S.P.) auf Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Holz abgelehnt war und Redner aller Parteien sich dazu geäußert hatten. Um die Errichtung eines Weirats für das Wohnungswesen beim Ministerium des Innern wurde lebhaft debattiert, schließlich aber der Ausschussantrag mit den Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei angenommen, der die Beiziehung von Sachverständigen aus allen interessierten Wirtschaftskreisen vorsieht. Die weitergehenden Anträge der Abgeordneten Scheff (Dem.) und Pfäfer (Soz.), die einen ausgebauten Landesbeirat forderten, wurden gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Schluß 1 Uhr. — Nächste Sitzung: Donnerstag, 8 Uhr vorm.: Körperbeschäftigungsgesetz, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuerreform. Zuerstfrage.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 22. Juni 1922.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in dieser Woche zum Preise von 1250 Mark für ein Zwanzigmargstück, 825 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise bezahlt. Der Ankauf von Reichsübermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 25fachen Betrag des Nennwerts.

Ablieferung der Steuerkarten (Steuermarken). Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die nach dem Gesetz über den Steuerabzug vom Arbeitslohn für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1921 in die Steuerkarten gelieferten Steuermarken waren nach mehrfachen amtlichen Bekanntmachungen und Hinweisen in den Tageszeitungen bis spätestens 31. März 1922 an die Finanzstellen abzuliefern. Dazu gehörten außer den Steuerkarten (Steuermarken) der Lohnarbeiter auch die aller Privatangestellten und Hausbediensteten, sowie die der Staats- und Gemeindebeamten und Angestellten, soweit für diese Steuermarken geliefert wurden. Die Steuerkarten (Steuermarken) sind gleichwohl zu einem erheblichen Teil bis heute nicht abgeliefert worden. In diesem Fall werden solche Steuerpflichtige für 1921 zur Einkommensteuer veranlagt und müssen die Einkommensteuer noch einmal bezahlen, da damit zu rechnen ist, daß die nicht abgelieferten Steuermarken zunächst als unzulässig erklärt werden.

Auftraggeber wieder erkennen; als dann die beiden Männer in ihrer Vermummung sich nebeneinander stellen mußten, starrte sie der Zeuge verblüfft an, um dann plötzlich auf Wellig zu deuten. „Der war's!“ sagte er, und gefragt, wie er nun gerade auf den Pöbelen komme, meinte er im Brustton der Ueberzeugung: „Weil er eine Kapp' aufhat.“

Aber auch diese Befundung erwies sich als wertlos, denn als auf Geheiß des Untersuchungsrichters zwei Gerichtsbeamte von grundverschiedener Körpergestalt, angetan mit dicken Mänteln und Pelzkappen über die Ohren herabgezogen, sich dem Zeugen präsentierten, wollte dieser in jedem von ihnen seinen Auftraggeber wiedererkennen.

Somit war mit dem Zeugen wenig Staat zu machen. Immerhin neigte der Untersuchungsrichter der Ueberzeugung zu, daß es sich um ein wirkliches Erlebnis handelte und der geistig schwache Zeuge, soweit er hierzu imstande war, die Wahrheit sprach; aber es schien ihm zugleich auch höchst wahrscheinlich, daß der Krämer selbst der Auftraggeber gewesen war, um auf solche Weise die bona fide-Herkunft der Banknoten glaubhaft zu machen. Nach Ansicht des Beamten hatte er sich auch sonst sein Mißi in mißtrauischer Weise zu sichern gesucht, indem er sich des Wälders beschuldigte und an dem von ihm bezeichneten Orte auch ein Reh aufgefunden ließ. Aber dieser Mißbeweis war nach Ansicht des Untersuchungsrichters schon aus dem Grunde nicht möglich, weil das Tier nach der sachverständigen Aussage des Försters ebenso gut in der Nacht zuvor geschossen worden sein konnte. Die Räte der so überaus strengen Novembernacht hatte den Rehfabrikanten ebenso zu Stein zusammenfröhen lassen wie den Körper des Hammvorters.

Fortsetzung folgt.

Ersetzungs.

Wer lust'gen Mut zur Arbeit trägt,
Und rasch die Arme stets bewegt,
Sich durch die Welt noch immer schlägt,
Der Träge flüht, weiß nicht, wo aus,
Und über ihm stürzt ein das Haus.
Mit frohen Segeln munter
Fährt der Frohe das Leben hinunter.

Lied.

Die Wirtin z. goldenen Lamm.

Kriminalroman von Otto Böker.

(50)

(Nachdruck verboten.)

Der Untersuchungsrichter schenkte dieser Behauptung nach wie vor keinen Glauben; um so eifriger prüfte er die Behauptungen der jungen Krämerfrau nach. Vor allem versuchte er den halbflüchtigen Burschen zu ermitteln, der die in Zeitungspapier gehaltenen Geldscheine an dem kritischen Nachmittage zwischen Licht und Dunkel nach dem Krämladen gebracht haben sollte. Martini hatte, da er von der Unwahrheit der Aussagen Frau Lenchens durchdrungen gewesen, in dieser Hinsicht gar keine Nachforschungen anstellen lassen; anders der Untersuchungsrichter, und es gelang ihm schließlich auch, den Burschen ausfindig zu machen. Es war ein sechzehnjähriger, geistig ziemlich zurückgebliebener elternloser Junge, der als Knecht gleich im ersten Gehößt an der Dorfstraße, wenn man von Reustadt heraufkam, arbeitete. Er hatte sich nicht gemeldet, weil er mit dem Gericht nichts zu tun haben wollte, die Sache aber seiner Dienstherrin erzählt und diese hatte den Wenden Anzeige gemacht.

Seine Aussagen klangen ziemlich klar; er war von der Bäuerin in den Wald geschickt worden, wie es sich herausstellte, um von den schon zugerichteten und aufgebauten Klammern Gemeindeförst, das um Weihnachten frei an die Bürger verteilt wurde, einige derbe Scheite zu holen, ein Vorhaben, zu dem das trostlose Wetter gut gepaßt hatte. Wie er nun die Landstraße gleich unterhalb des Dorfes gekreuzt habe, sei er von einem Manne angerufen worden. Wer es gewesen sei, wisse er nicht, denn er habe ihn nicht erkannt; er wußte nicht einmal in seiner Beschränktheit anzugeben, ob der Mann groß oder klein, bager oder dick gewesen sei; er entsann sich nur darauf, daß er ganz in einen dicken Mantel eingehüllt gewesen sei. Dieser Mann nun habe ihn gefragt, ob er sich schnell eine Mark verdienen wolle, was er natürlich mit Freuden bejaht habe. Da habe ihm der Mann nun ein Päckchen in die Hand gedrückt und ihn damit zur Krämerin geschickt; der sollte er das Päckchen geben und ihr einen Gruß vom Vater sagen, er schide ihr das einstweilen und sie brauche sich um sein Ausbleiben nicht zu beunruhigen. Der Mann habe ihm noch streng anbefohlen, ja nicht auf Antwort zu warten, sondern spornstreichs zu ihm zurückkehren und die Mark Votenlohn in Empfang zu nehmen. Das habe er treulich befolgt, er habe dem Mann erzählen müssen, wie er seinen Auftrag erledigt, dann habe er die Mark bekommen und sich nach Hause getrottelt, wo ihn die Bäuerin schon mit Scheiten und Büffen empfangen habe.

Der Untersuchungsrichter hielt den Zeugen für wichtig genug, um ihn mit allen in Betracht kommenden Personen zu konfrontieren; aber hierbei trat die Beschränktheit des Burschen hindernd in Erscheinung. Weder in Jungnickel noch in Wellig wollte er zuerst den Mann wiedererkennen; als sie aber auf Geheiß des Untersuchungsrichters dicke Mäntel anziehen und vermummt das Zimmer wieder betreten mußten, wollte der Bursche der Reihe nach in jedem von ihnen den

Sängerfest des Nagoldtales. Es wird uns geschrieben. In dem Bericht über das Sängerfest ist ein harter Irrtum zu finden, dem zu begegnen die künftige Entwicklung des Gesangs gebietet. Der Verfasser des Artikels schreibt: „Zwei altdeutsche Minnelieder mit dem uns heute ganz fremd anmutenden und schweren Satz fanden leider nicht das wünschenswerte Gefallen, sie erfordern auch u. s. w.“ Nun ist zu berücksichtigen, daß der eine Satz ein echter Sitzer ist, der andere, von Obegraven, aus unserer Zeit stammt; nur die Melodien sind sehr alt, nicht der Satz. Früher gab es keinen Männerchor, er ist erst etwa 100 Jahre alt. Sitzer hat auch bei anderen Liedern, die wir doch als Sitzerlieder bezeichnen, nicht die Melodie erfunden, sondern nur den Satz, z. B. bei „In einem lühlen Grunde“, „Jetzt gang i ans Brünnele“, „Ein Sträußchen am Rute“, und vielen andern. Kann uns nun dieser echte Sitzer, „Du mein einzig Licht“ tatsächlich ganz fremd anmuten? — Und der andere Satz „Ich fahr dahin“ ist polyphon gehalten (das heißt etwa: Jede Stimme hat Melodie). In auf musikalischer Gebiet führenden Reisen wurde und wird der polyphone Satz stets als der weitaus wertvollere erkannt und gepflegt. So stellt auch der Gesangsrichter von Sonntag, Herr Arnold, Sinnen im polyphonen Satz als Ziel der Sängervereine dar. Die anderen Herren Gesangsrichter urteilen ebenso, wenn sie schreiben: bei dem einen — seine Chorwahl, bei dem andern — Chorwahl zeugt von geklärtem Geschmack. Wenn uns nun ein Chor, der dieses Ziel zeigt, fremd anmutet, so ist es doch vor allen Dingen unsere Aufgabe, uns in einster A. mit dieser Satzform bekannt und vertraut zu machen. Erst dann wird wahrer musikalischer Geist in die Chöre einziehen, und das Technische an zweite Stelle treten. Die größeren, leistungsfähigeren Chöre sollten uns solche Kompositionen als erste vorführen, dann würde sich bald das Gefühl für ihre überzogene Schönheit bei Sängern und Hörern einstellen. D. — D.

X Nagold, 21. Juni. (Gemeinderat.) In einer Sitzung der Ortsarmenbehörde wurde zunächst die Verteilung von Stiftungszinsen an Bedürftige vorgenommen. Der Selbstwertung entsprechend sollen die Beträge aus fädt. Mitteln so erhöht werden, daß sowohl die Empfänger der bürgerlichen Stiftungsmittel, als auch der kirchlichen Stiftungszinsen je 10 Mark erhalten können. In der anschließenden Gemeinderatssitzung wurde zunächst die Frage der Beschaffung von Uniformstücken für Polizei- und Forstbeamte der Stadt behandelt. Eine Kommission wird in Gemeinschaft mit den betreffenden Beamten die Auswahl unter den eingeforderten Stoffproben dieser Lieferanten treffen. Nachdem die für die Gemeindebeamten geltenden Vorschriften betreffs Gehaltsregulierung ab 1. Juni vorliegen, konnte das Kollegium die neuen Bezüge zur Auszahlung anweisen. Gleichzeitig wurden die Bezüge der privatnützlich Angestellten in Anlehnung an die neuen Bezüge der planmäßigen Beamten neu geordnet und je ein durchschnittlich 35 prozentiger Teuerungszuschlag zu deren Einkommen festgesetzt. Ähnliche Erweiterungen erforderlich einige Feldwegangelegenheiten und Baufragen. Reinhold Hauser will ein Kalkwerk mit 24 Oefen im Gäßlein errichten. Betreffs Unterhaltung des Feldwegs, der dorthin führt, soll es zunächst bei der bisherigen Vereinbarung bleiben. Wegen des Baugesuchs der Firma Sebr. Theurer, auf ihrem Gelände einen Schuppen zu erstellen, der im Hochwassergebiet der Waldach liegt, wird keine Einwendung erhoben, nachdem auch die Angrenzter ihr Einverständnis erklärt haben. Was die Regelung der Feldwegfragen dieser Firma betrifft, so wird seitens des Gemeinderats zugunsten, bis diese Fragen mit den in Betracht kommenden Güterbesitzern durch die Firma Sebr. Theurer in privaten Abmachungen geregelt sein werden. Wohnungslosigkeiten bildeten den Schluß der Besprechungen.

Freudenstadt, 20. Juni. Am letzten Sonntag, den 18. ds. Mts. fand die alljährliche Ausschussung der Allg. Ortskrankenkasse Freudenstadt, welche zugleich die Mitgliederversammlung bildet, im Rathausaal statt. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung gab der Hauptkassier einen ausführlichen Rückblick über die Veränderungen, welche sich seit der letzten Ausschussung bei der Kasse ergeben haben. Die nach hat sich durch die fortgesetzte Steigerung aller Ausgaben, die mit den Einnahmen nicht gleichen Schritt hielten, die finanzielle Lage der Kasse mehr und mehr verschlechtert. Die Erhöhung der Grundlöhne von 30 auf 80 Mk. und die Erhöhung der Beiträge von 6 auf 6 $\frac{1}{2}$ Proz. mit Wirkung vom 2. Januar ds. J. ab sollte der Kasse die Mittel verschaffen, ihren gesteigerten Anforderungen gerecht zu werden. Über die im ersten Vierteljahr 1922 aufgetretene Grippeepidemie, begünstigt durch einen langen und harten Winter, Arbeitseinstellungen wegen reichlichen Schneefalls, Streik und Ausperrungen machten diese Hoffnungen zunichte. Zu der Spitze kam noch der Umstand, daß nach dem neuen Gesetz das Krankengeld nach dem Lohn zu berechnen war, den der Kranke im Falle seiner Arbeitsfähigkeit verdient hätte. Die Kasse war also genötigt, Krankengeld aus Lohnzusätzen zu bezahlen, von welchen sie noch keine Beiträge eingenommen hatte. So kam es, daß die Kasse ihre Rücklage angreifen und einen Teil ihrer Wertpapiere gegen ein Darlehen von 120 000 Mk. bei der Oberamtsparcasse lombardieren mußte. Obwohl nun im Krankenstand eine wesentliche Besserung eingetreten ist, bringt aber die fortschreitende Geldentwertung innerhalb des letzten Jahres den Krankentassen des ganzen Landes immer wieder eine finanzielle Mehrbelastung, die nur durch die Erhöhung der Beiträge gedeckt werden kann. Durch die Mehrleistungen an die Ärzte, Zahnärzte und Dentisten, die höheren Wegelöhner, die große Verteuerung der Arzneimittel, die Erhöhung der Verpflegungsgelder der Kranken, Häuser und Kliniken, die Verteuerung der Verwaltung und Steigerung aller sonstigen Leistungen der Kasse hat sich die Summe des Voranschlags gegenüber dem Vorjahr veranschlagt, so daß der Gesamtumsatz einschließlich der Invalidenversicherung auf nahezu 14 Millionen gestiegen ist. Die Zahl der Rassenmitglieder hat 6000 überschritten, gegenüber

5500 des Vorjahres, die Höchstzahl der Versicherten während der Ruhezzeit beträgt etwa 6500. Auffallend ist der Rückgang der landw. und häuslichen Diensthoten; bei den landw. Diensthoten dürfte nach der Fertigstellung des Heimbackkraftwerks wieder eine Rückwanderung zu verzeichnen sein. Die Abnahme der Jahresrechnung 1920, welche durch den Vorstand und den Württ. Krankentassenverband einer eingehenden Prüfung unterzogen worden ist, begegnete keinem Anstand, ebenso wurde gegen den Bericht über die vorläufigen Rechnungsergebnisse 1921, in dem sich Einnahmen und Ausgaben ungefähr decken, nichts eingewendet. Selber war es nicht möglich, zu der Erhöhung der Grundlöhne auf 120 Mk. und darüber hinaus jetzt schon endgültig Stellung zu nehmen, da die Novelle zur Reichsversicherungsordnung immer noch nicht erschienen ist. Der Ausschuss hat sich jedoch in seiner Mehrheit für die Festsetzung der Grundlöhngrenze auf 150 Mk. ausgesprochen, die näheren Bestimmungen darüber und über die Einteilung der Stufen werden dem Kassenvorstand überlassen. Ferner wurde der Höchstbetrag der Rassenleistungen für fogen. kleine Heilmittel (Krillen, Bruchbänder, Plattscheibenlagen usw.) von seitherigen 80 Mk. auf 300 Mk. erhöht, bei der Familienhilfe auf 150 Mk. Die auf 1. Jan. 1922 vorbehaltlich nachträglicher Zustimmung des Ausschusses eingeführte Gewährung von Hausgeld für Bediende wird gutgeheißen, ebenso wurde der vom Württ. Krankentassenverband im Einvernehmen mit dem Ortskomitee der Beamten und Angestellten und dem Oeroversicherungskom. neuaufgestellte Dienst- und Gehaltsordnung der Kasse beigestimmt. Der Ausschuss nahm weiter Kenntnis von den derzeitigen Beschlagnahmeverhältnissen der Ärzte, Zahnärzte, Dentisten und Apotheker sowie von der Aushebung der örtlichen Verwaltungsstellen (Hochhaus, Dornstätten und Schönbürg). Die Anstellung eines weiteren Beamten der Kasse wurde zurückgestellt; gegen die zeitweilige Verwendung eines Hilfsarbeiters zur Anlegung und Fortführung der Karthotel wurde nichts eingewendet. Sodann wurde die vom Kassenvorstand auf Grund des Voranschlags und eingehender Prüfung aller Verhältnisse vorgeschlagene Erhöhung der Versicherungsbeiträge von 6 $\frac{1}{2}$ auf 8 $\frac{1}{2}$ mit Wirkung vom 26. Juni ab einst. angenommen. Die Versicherungsbeiträge sollen auch nach der Erhöhung des Grundlohns vorläufig auf dieser Höhe bleiben, einestells, um möglichst rasch aus den gegenwärtigen Verhältnissen herauszukommen, andererseits, weil ja doch ein Fortschreiten der Teuerung zu erwarten ist. Die 5 wöchentliche VI. Einzahlungserhöhung wird auf 4 Wochen eingeschränkt; die Erhöhung der Grundlöhne soll in rascher Weise durchgeführt werden, damit den Versicherten bald ein höheres Krankengeld zukommt. Die Verhandlungen nahmen einen ruhigen und sachlichen Verlauf; daß seitens der Arbeitgeber der Beitragserhöhung in keiner Weise entgegengetreten worden ist, hat angenehm berührt. Nur wurde auch von den Arbeitnehmern im Interesse der Versicherten selbst gemeldet, daß der Ausnahmsbeitrag der Kasse, durch Ausflärung und Ermahnung in Wort und Schrift entgegengetreten und außerdem eine scharfe Krankenkontrolle eingeführt werden müsse. Z.

Calw, 21. Juni. (Erweiterung des Bezirkskrankenhaus.) In einer gestern stattgefundenen außerordentlichen Amtsversammlung wurde mit 28 gegen 2 Stimmen eine Erweiterung des Bezirkskrankenhauses beschlossen, welche auf 3 990 000 Mk. ohne Einrichtung veranschlagt ist. Es soll neben dem Einfahrtsbogen des Krankenhauses ein zweistöckiges Gebäude erstellt werden mit einer Abteilung für ansteckende Krankheiten und einer Abteilung für Tuberkulose. Das Gebäude soll 30 Betten haben und die Tuberkuloseabteilung in jedem Stockwerk einen Tagesaufenthaltsraum.

Stuttgart, 21. Juni. (Schwerer Autounfall.) Gestern nachmittags gegen 7 Uhr ereignete sich auf der Straße Stuttgart-Solitude ein schwerer Kraftwagenunfall. Ein mit 6 Angehörigen der Kraftfahr-Abteilung Nr. 5 in Camouflage besetzter Kraftwagen bog bei der Ueberholung eines Kraftfahrers zu stark aus und fuhr gegen einen Baum. Zwei Insassen erlitten schwere Schädelverletzungen, zwei andere Arm- und Beinverletzungen, die übrigen blieben unversehrt. Zwei der Verletzten sind kurz nach ihrer Einlieferung ins Krankenhaus gestorben.

Waterfreil. Die Watergehilfen haben sich mit dem Berliner Schiedsgericht, der eine 10prozentige statt der geforderten 30prozentigen Lohnerrhöhung zusichert, nicht einverstanden erklärt und da die Watermeister auf dem Schiedsgericht bestehen, mit 369 gegen 20 Stimmen beschlossen, am 21. Juni die Arbeit so lange niederzulegen, bis ihre Forderungen erfüllt sind.

Heilbronn, 21. Juni. (Todesfall.) An den Folgen eines Schlaganfalls starb Landgerichtsdirektor Fischbach. Seit etwa 27 Jahren war er hier tätig als Landrichter, Staatsanwalt und Landgerichtsdirektor.

Nottensburg, 21. Juni. (Ereignis und Verbrechen.) In dem Vorfall in Wühl in der Wilderer-affäre wird mitgeteilt: Am Sonntag fuhr die Gerichts-kommission nach Wühl, um den Tatbestand aufzunehmen und wollte auch die Sektion der Leiche vornehmen lassen. Die Leiche wurde in das Rathaus gebracht und in einem im Erdgeschos gelegenen Zimmer aufbewahrt. Nächtlich etwa um 11 Uhr hörte man Schritte die Treppe heraufkommen. In der Meinung, es sei vielleicht der Schuldeiß, öffnete einer der Herren, die im Zimmer anwesend waren, die Türe. Er war aber sehr erschaut, als er etwa 20 wohlbewaffnete junge Leute aus Durlingen vor sich sah, die sich an dem Waldschuß rächen und ihren Kameraden befreien wollten. Dieser war aber jedoch aus der Haft entlassen worden. Ein Teil der Leute, die im Fuhwerk und auf Fahrrädern angefahren waren, hielt nur die drei Beamten in Schach, während der andere Teil bereit auf den im anderen Zimmer befindlichen Waldschuß einrückte, daß er in die Klinik nach Tübingen verbracht werden mußte. Als sie nun die Schlüssel zum Zimmer verlangten, in dem sich die Leiche befand, verweigerte der Oberamtsrichter die Herausgabe mit dem

Sinnweil darauf, daß die Leiche bestagnant sei. Durch Schritte wurde die Türe geöfnet, die Leiche des Obdienten auf das Fuhwerk gebracht und schnell ging davon. In Durlingen wurden darauf Verhaftungen vorgenommen. Bezeichnend sind auch die Äußerungen dieser jungen Gabel: „Wir sind alle Wilderer“. Das Nähere wird das gerichtliche Nachspiel an den Tag bringen.

Vermischtes.

Ueberfall eines Expresszuges durch Bienen. Als der Expresszug zwischen Brighon und London dieser Tage in die Station Red Hill einfuhr, geriet er in einen Bienenstichschwarm, der sich auf höchste über das rücksichtslos Dahinraufen des Zuges erhob. Die Bienen überfielen die Passagiere und das Zugpersonal, und in wenigen Augenblicke wiederholte der ganze Bahnhof von den Schreien der Geschunden. Die Angegriffenen mußten die Flucht ergreifen, und die Bienen blieben Herren des Schlachtfeldes. Mit Hilfe eines Bienenzüchters gelang es schließlich, den Schwarm zu beruhigen; der Expresszug aber konnte Red Hill erst nach einer halbstündigen Verspätung verlassen.

Gefaschter Betrüger. Vor einigen Tagen war gemeldet worden, daß mit den zahlreichen schweren Hoteldiebstählen, die in der letzten Zeit in München verübt wurden, der 56jährige Schreiner Julius Schuler von Stuttgart in Verbindung gebracht werde. Jetzt ist dieser mit Zuchthaus schwer vorbestrafter Hochstapler und Betrüger in Berlin verhaftet worden. Man betrachtet ihn als das Haupt einer internationalen Hoteldiebstahlbande und vermutet, daß ihr auch der Millionendiebstahl zur Last fällt, der kürzlich in einem Münchener Bahnhofshotel verübt wurde.

Von Mädchenhändlern verschleppt. In Rhon erregt gegenwärtig die Zerschlagung eines 16jährigen Mädchens, das verschleppt worden war, allgemeines Interesse. Von einem Manne verführt, hatte das Mädchen Ende Oktober v. J. die elterliche Wohnung verlassen. Schließlich entdeckte man in Spanien seine Spur. Ein anderes junges Mädchen hatte in Barcelona ein angelegentliches Engagement als Zimmermädchen angenommen. So entdeckte man weitere Spuren, die nach einem berichtigten Hause in der Borbona-Straße in Barcelona wiesen. Dorthin waren beide Mädchen für je 1600 Pesetas verkauft worden, um später nach Südamerika verkauft zu werden. Es gelang, die ganze Mädchenhändlerbande festzunehmen.

117 Kinder erschossen. Wie die bolschewistische „Arasnoja Gasetta“ meldet, haben die Sowjetbehörden in den Hungergebieten die Erschießung von 117 Kindern, die nach dem Genuß von verdorbenem Pferdefleisch erkrankten, „aus sanitären Gründen“ und „aus Gründen der Menschlichkeit“ angeordnet.

Der Goldschatz der Lusitania. Der Brackdampfer „Blafely“ von Philadelphia ist jetzt nach Newyork ausgelaufen auf der Fahrt nach der Stelle, wo die „Lusitania“ liegt, um, wie bekannt, den Versuch zu machen, den Schatz zu heben, den der Dampfer in seiner Stahlkammer mit sich führte. Der Dampfer „Blafely“ wird etwa am 29. Juni an der Unglücksstelle eintreffen. Levitt, der Erfinder neuer Taucherausrüstung, die gehalten sollen, unter 275 Fuß unter Wasser zu arbeiten, hofft, daß drei Wochen genügen werden, um den Goldschatz aus der Stahlkammer herauszubolen. Nitroglycerin wird für die Sprengarbeiten verwendet werden. Eine 30 Tonnen schwere Plattform wird im Wasser ausgelegt werden, um den ebenso schweren Goldschatz zu heben.

Einsturz einer Landungsbrücke. Aus Ruffschut an der Donau wird geschrieben: In einer von einem hiesigen Wohltätigkeitsverein veranstalteten Unterhaltung war eine große Anzahl Besucher mit kleinen Dampfsern und Rähnen gekommen. Nach Schluß der Unterhaltung begaben sich ungefähr 150 Teilnehmer auf die Landungsbrücke, um dort auf ihre Rähne und Dampfser zu warten. Kaum war die Gesellschaft auf der Brücke, näherte sich ihr ein Kahn, in dem sich angeheiterte Personen befanden. Der Kahn fuhr an die ohnehin schwache Brücke so stark an, daß sie sich vom Ufer losriß und umkippte. Alle auf ihr befindlichen Personen fielen in die Donau. Auf die verzweifeltten Hilferufe der Ertrinkenden eilte ein in der Nähe befindlicher Dampfer herbei, dem es gelang, den größten Teil der Verunglückten zu retten. Man schätzt die Zahl der Todesopfer auf 10 bis 15.

Handel und Verkehr.

Dollarkurs am 21. Juni 325.66 Mark.

Kemptener Butter- und Käsebörsen, 21. Juni. Der in der vergangenen Woche erzielte Gesamtdurchschnittspreis für 1 Pfd. ohne Verpackung ab Veranbstation stellt sich für Butter auf 57.25 (in der Vormoche auf 55.22) Mk.; für Weichkäse mit 20proz. Fettgehalt auf 33.93 (31.53) Mk.; für Allgäuer Rundkäse auf 39.37 (37.48) Mk. Der Gesamtumsatz belief sich in Butter auf 88 912 (Vormoche 87 470) Pfd., in Weichkäse auf 390 971 (372 525) Pfd., in Allgäuer Rundkäse auf 105 840 (79 197) Pfd. Marktlage: Nachfrage nach Butter, Weichkäse und Rundkäse sehr gut.

Nottweil, 20. Juni. Dem gestrigen Markt waren zugeführt: 165 Pferde, 47 Ochsen, 81 Kühe, 256 Minder, 24 Farren, 3 Riegen. Die Preise waren sehr hoch. Bezahlt wurde für Zuchtfarren 55—40 000, Kälbinnen 28—32 000, Kühe 28—36 000, Minder 8—14 000, Zugochsen 30—35 000, für sogenannte Ansehlinge 20—22 000 Mk. pro Stück. Der Handel war lebhaft. Dem Schweinemarkt waren 290 Milch- und 1 Käuferfleischin zugeführt. Bezahlt wurde für das Paar 2700—4300, für den Käufer 3000 Mk. Der Markt war sehr lebhaft, die ganze Zufuhr wurde abgekauft.

Karlsruhe, 19. Juni. Zufuhr zum Viehmarkt: 235 Stück und zwar: 20 Ochsen, 21 Farren, 9 Kühe, 59 Färsen, 15 Kälber, 111 Schweine. Es wurde bezahlt für die 100 Pfd. Lebendgewicht je nach Sorte: Ochsen 2600—3250, Farren 2550—3000, Kühe und Färsen 1750—3300, Kälber 3000—3400, Schweine 4100 bis 4800, Sauen 4000—4100 Mk. Tendenz des Marktes: langsam. Markt nicht geräumt.

Letzte Nachrichten.

Die Beamtenbesoldungsvorlage vom Reichskabinett gebilligt.

WTB. Berlin, 21. Juni. Das Reichskabinett billigte gestern Nachmittag in einer Kabinettsitzung die neue Beamtenbesoldungsvorlage, die eine 40%ige Erhöhung der verhältnismäßigen Teuerungszuschläge vorsieht. Ferner wurde, laut „Berliner Tageblatt“, für die Beamten der Reichsministerien eine besondere Ministerialzulage bewilligt. Weiter ist die Kadrezulage der Beamten um 40% erhöht worden.

Wie die Blätter ferner melden, wurde in der gestrigen Kabinettsitzung auch die Frage der Wahl des Reichspräsidenten angeschnitten. Der Reichskanzler erklärte, daß er mit den Führern der Koalitionsparteien voraussichtlich in den nächsten Tagen, auf jeden Fall jedoch noch vor Eintritt in die Parlamentsferien, über die Frage in Fühlung treten werde.

Bei den Verhandlungen mit dem Garantienkomitee, die gestern Nachmittag begonnen haben, wurden, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, 4 Ausschüsse gebildet und zwar ein Ausschuss für Einnahmen und Ausgaben, ein zweiter für die Frage der Kapitalflucht, ein dritter für das Problem der schwebenden Schuld und ein vierter für Statistik.

Aufgehoben.

WTB. Berlin, 22. Juni. Nach dem „Berliner Lokalanzeiger“ hat das Reichsgericht auf Antrag des Oberreichsanwalts beschlossen, daß die am 25. März 1921 erfolgte Beschlagnahme des Vermögens Rapp's aufgehoben wird.

Die Dokumente über die Reparations- u. Sanktionsfragen.

WTB. London, 22. Juni. Im Unterhaus erklärte Chamberlain, es werde gegenwärtig die Frage geprüft, ob es angebracht sei, die auf die Reparations- und Sanktionsfragen bezüglichen Dokumente zu veröffentlichen.

Eine unerreichte Fluggleichung.

WTB. Berlin, 22. Juni. Laut „Berliner Tageblatt“ startete vorgestern früh in Moskau das Fokkerflugzeug der Deutsch-Russischen Luftverkehrs-Gesellschaft unter Führung des

deutschen Piloten Stollbrod mit dem russischen Vertreter in Berlin, Krestinski und Besolofschaja, und landete ohne Zwischenlandung in Sankt. Diese Flugzeit steht bisher unerreicht da. Die Entfernung beträgt in der Luftlinie 1800 Kilometer.

Der Gewerkschaftskongress und die Betriebsräte.

WTB. Leipzig, 21. Juni. Der 11. deutsch Gewerkschaftskongress nahm heute eine Entschließung an, nach der die Betriebsräte die gesetzlichen Rechte der Arbeitnehmer im Betrieb wahrzunehmen haben, deren Sicherung und Ausbau den Gewerkschaften obliegt. Ferner heißt es in der Entschließung, daß die Betriebsräte die Tarifabmachungen in den einzelnen Betrieben zu überwachen haben. Die Betriebsräte zählen zu den Organen der Gewerkschaften und können daher nicht als solche die Forderungen und Ziele der Arbeitnehmer zur Durchführung bringen. Dies muß vielmehr durch die Gewerkschaften geschehen.

Der Gewerkschaftskongress und die Getreidemlage.

WTB. Berlin, 21. Juni. Der Gewerkschaftskongress in Leipzig nahm heute Vormittag zur Frage der Brotversorgung durch die Getreidemlage eine Entschließung an, in der, dem „Vorwärts“ zufolge, gefordert wird, daß der Reichstag dem Gesetz eine Fassung gebe, durch die die Brotversorgung der versorgungsberechtigten Bevölkerung in ausreichendem Maße zu erschwinglichen Preisen bei Deckung der Produktionskosten, aber unter völliger Ausschaltung von Konjunktur- u. Weltaugewinnen, sichergestellt wird.

Die Kommunisten.

WTB. Berlin, 21. Juni. In Sirenda bei Eisenach wurde die Einweihungsfeier des Heldendenkmals, laut Lokalanzeiger, durch linksradikale Elemente gestört. Nachdem die Kommunisten beschlossen hatten, den Festzug gegebenenfalls auch mit Blutvergießen zu verhindern, wurde der Zug aufgegeben. Bei der Feier am Denkmal störten die Kommunisten die Rede des Ortsgeistlichen durch lautes Jodeln. Infolge des entstandenen Tumults mußte die Feier abgebrochen werden. Die bürgerlichen Bewohner des Ortes beschloßen einstimmig, insofern es der Vorfall den Ruhestören in Zukunft

von ihren landwirtschaftlichen Erzeugnissen nichts mehr abzugeben. Die linksradikalen Arbeiter beschloßen daraufhin aus Nach- den Abwehrstreik.

Entdecktes großes Waffenlager.

WTB. Berlin, 21. Juni. Durch Berliner Kriminalbeamte wurde, wie der Amtliche Preussische Postdienst mitteilt, in der Nacht zum 21. Juni in Jüterbog ein großes Waffenlager entdeckt. Ein den früheren Baltikamtruppen angehörender Oberleutnant Deutscher hatte versucht, das Jüterbogener Waffenlager in Berlin an den Mann zu bringen und war dabei mit Berliner Kriminalbeamten in Verbindung getreten, ohne zu wissen, daß er es mit solchen zu tun habe. Er wurde verhaftet und das Waffenlager ausgehoben. Es handelt sich insgesamt um 2 vollständig schwere Maschinengewehre, 206 Gewehre, 150 Handgranaten und mehrere hundert Stück Munition für Gewehre und Maschinengewehre, ferner Leuchtmunition.

Poincaré über seine Aufnahme in London.

WTB. Paris, 22. Juni. In der gestrigen Sitzung des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten berichtete der Vorsitzende, Gaston Doumergue, über die Unterredung die er vormittags mit Poincaré gehabt hatte. Poincaré beklagte sich zu dem ihm in London bereiteten Empfang. Es scheint, daß die öffentliche Meinung in England auf Grund der Ereignisse in Genoa und ihrer Folgen heute besser als früher die Haltung Frankreichs gegenüber dem Sowjet und den Wert der Grundzüge versteht, die Frankreich auch weiter verteidigt. Die Zusammenkunft der beiden Ministerpräsidenten in London sei von Anfang an und schon vor dem Meinungsaustausch sehr herzlich gewesen.

Unmäßiges Wetter.

Die Luftdruckverteilung zeigt keine Veränderung. Für Donnerstag und Freitag ist trockenes und warmes Wetter mit Neigung zu Gewittertätigkeit zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Bauf.

Radfahrerverein „Wanderlust“

1906 Oberschwandorf 1922

Kein Radler darf



am Sonntag fehlen!

All Heil!

All Heil!

Kommenden Sonntag, den 25. Juni 1922 hält der Verein seine

BANNER-WEIHE

verbunden mit Straßen-Rennen, Preis-Korso und Langsamfahren ab.

Hiezu ergeht an die Einwohnerschaft des Bezirks, an Freunde und Gönner des Rad-sports herzliche Einladung.

Für Unterhaltung auf dem Festplatz ist in weitgehendstem Maße Sorge getragen.

Musik-Kapelle, Karussell, Schiffschaukel etc. Aufstellung des Festzugs um 1 Uhr.

Mit Sportsgruß „All Heil!“

Der Fest-Ausschuß.

Altensteig.

Von frisch eingetroffenen Sendungen empfehle:
ff. fettigen echten Schweizer-

Emmenthaler-Käse

la schöngebackten Schweizer-Käse

holländ. Edamer-Käse

la Gouda- u. Tilsiter-Käse

(Echte Schweizerkäse)

ff. 30/35% fette Romadour-Käse

ff. 20% fette Bacher- „

la Allgäuer Stangen-Käse

la Allg. Limburger-Käse

ff. Allgäuer Tafel-Butter

Wolk rei Eisenharz

Chr. Burghard jr.

Schauturnen 1922

der Turner und Turnerinnen-Abteilung
am Sonntag, 25. Juni, nachmittags, im
Stadtpark, wozu jedermann frdl. ein-
geladen ist. Abmarsch 1/2 Uhr v. Lokal

Turnverein Altensteig

Egenhausen.

Gebrannte Gerste mit 10%, Kaffeebohnen

ist frisch eingetroffen und empfiehlt so lange Vorrat, das
Pfund zu 35 Mark!

S. Raltenbach.

Die Erinnerungen des ehem. Kronprinzen Wilhelm

sind zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhandlung, Altensteig.

Altensteig.

Zur Käse-Bereitung
empfehle

Käse-Labessen

von guter Qualität,

Käse-Formen

von Holz und Steinzeug
billigst

Fr. Bühler jr.

fein

Emmenthaler-

und

Limburger- Käse

ist wieder frisch eingetroffen
bei Obligen.

Altensteig.

Guterhaltenen

Rinderwagen

hat zu verkaufen

Fr. Koller, Messerschmied.

Einen Wurf

Milch-

schweine



verkauft am Samstag Vor-
mittag 10 Uhr

Albert Koller

Grümbach.

Druckarbeiten

für Behörden, Geschäfte
u. Privats liefert schnell
und preiswert die

W. Rieker'sche Buchdr.

Freie Wagner-Innung Nagold. Versammlung.

Am Sonntag, den 25. Juni, nachm. 1 1/2 Uhr,
findet im Gasth. z. Waldhorn in Eghausen eine Ver-
sammlung statt. Vollzähliges Erscheinen erwartet

der Vorstand.

Altensteig.

Suche im Auftrage

neues Heu

zu höchsten Tagespreisen zu kaufen.

M. Schnierle, zu den 3 Königen.



KOSMOS

Gesellschaft der Naturfreunde

bietet für jedermann einen

billigen und guten

Lesestoff

Belehrend — Unterhaltend

Jedes Mitglied erhält bei dem Vierteljahrs-
beitrag v. n

Mk. 28.— mit broch. und

Mk. 38.50 mit geb. Buchbeilagen

jährlich 12 mal illustrierte Monatshefte und

vier gute BÜ der erster Schriftsteller

Anmeldung durch jede Buchhandlung oder

bei der Geschäftsstelle des Kosmos, Stuttgart.

Prospekt kostenlos — Probeheft 50 r. 4.

